

Trump eskaliert Konflikt mit Richtern aufs Höchste

Trumps eskalierender Konflikt mit Richtern erreicht neue Höhen. Ein Richter wirft der Regierung "vorsätzliche Missachtung" vor. Analysen zur Entwertung der Justiz und dem Machtspiel im Weißen Haus.

CNN berichten zufolge hat **Richter James Boasberg** am Mittwoch entschieden, dass die Trump-Administration „willentliche Missachtung“ seiner Anordnung im März gezeigt hat, die Abschiebeflüge aufgrund von rechtlichen Streitigkeiten über die Legalität dieser Maßnahmen zu stoppen. Boasberg ist der erste Richter, der „einen hinreichenden Grund sieht“, um Beamte der Regierung wegen strafrechtlicher Missachtung vor ein Gericht zu bringen.

Rechtlicher Streit über die Trump-Administration

Der rechtliche Kampf darüber, ob sich Bundesbeamte über Boasbergs Anweisungen hinweggesetzt haben, entfaltet sich im größeren Kontext einer Administration, die Gerichte spöttisch behandelt und sich weigerte, die Entscheidungen zu respektieren, die die Agenda von Präsident Donald Trump eingeschränkt haben. Der Respektlosigkeit gegenüber den Richtern, die Trumps Politik in Frage stellen, wird von Trump selbst vorgelebt.

Angriffe auf Richter und deren Entscheidungen

Die Beamten der Trump-Administration haben persönliche Angriffe gegen Boasberg und andere Richter in sozialen Medien und öffentlichen Auftritten gestartet. Regierungsanwälte haben bei grundlegenden Fragen zu den rechtlichen Streitigkeiten oft Unkenntnis vorgetäuscht. Angesichts der Entscheidungen, die Trumps Richtlinien aussetzten, hat die Regierung eine bemerkenswerte Geringschätzung gegenüber der richterlichen Autorität gezeigt, indem sie den Behörden Anweisungen zur Befolgung dieser Befehle erteilt hat.

„Es ist atemberaubend in seiner Dreistigkeit und Mangel an Anstand“, sagte der pensionierte Richter John Jones III, ein von George W. Bush ernannter Richter, der an einem Bundesgericht in Pennsylvania diente. „Es ist einmalig, was ich vom Justizministerium gesehen habe, und in der Tat von jedem Anwalt, der vor einem Bundesgericht praktiziert.“

Misslungene Abschiebungen und hohe Gerichtsbeschlüsse

Die unverfrorene Haltung der Administration trat besonders deutlich in dem Fall einer fehlerhaften Abschiebung eines Migranten in Maryland auf, der nach El Salvador gebracht wurde. Diese Verfahren erreichten ein neues Intensitätsniveau, nachdem der Oberste Gerichtshof letzte Woche eine Anordnung des Bezirksrichters weitgehend aufrechterhielt, die die Trump-Administration verpflichtete, die Rückkehr des Migranten in die USA zu „ermöglichen“.

Bei einer Anhörung am Dienstag vor US-Bezirksrichterin Paula Xinis versuchte Herschaffsvertreter Drew Ensign die Auslegung der Anweisungen des Obersten Gerichtshofs infrage zu stellen und deutete an, dass die Administration gegen jede weit gefasste Definition des Begriffs „ermöglichen“, der im letzten Beschluss des Obersten Gerichtshofs verwendet wurde, Berufung einlegen würde.

Zweifel an der Integrität der Administration

„Der Oberste Gerichtshof hat gesprochen. Ich halte mich so eng wie möglich an die Anordnungen des Obersten Gerichtshofs. Mein Beschluss ist klar und direkt. Es gibt meiner Meinung nach nichts, wogegen man berufen könnte“, konterte Xinis. Das Ministerium hat seitdem gegen ihre Anordnung vom 11. April Berufung eingelegt, die einen Tag nach der Stellungnahme des Obersten Gerichtshofs erlassen wurde und die Administration anweist, Schritte zur Rückführung des Migranten zu unternehmen und Informationen über diese Schritte bereitzustellen.

In diesem Fall sowie in ihren öffentlichen Äußerungen zu den verschiedenen rechtlichen Streitigkeiten haben hochrangige Trump-Beamte die Vorstellung übernommen, dass sie, egal was die unteren Gerichte sagen, den Obersten Gerichtshof auf ihrer Seite haben.

Politische Angriffe und öffentliche Rhetorik

Beispielsweise beschrieb der stellvertretende Stabschef des Weißen Hauses, Stephen Miller, fälschlicherweise den Obersten Gerichtshof als 9-0 in seiner eigenen Sache, als es darum ging, ob ein Gericht die Regierung anweisen könnte, Schritte zu unternehmen, um Abrego Garcia zurückzubringen. Die nicht unterzeichnete Mehrheitsmeinung gab jedoch Anlass zu mehrdeutigen Interpretationen, und drei liberale Richter klärten in separaten Stellungnahmen, dass sie mit der Richtlinie des Richters übereinstimmten, dass die Regierung Schritte unternehmen müsse, um den Migranten, Kilmar Abrego Garcia, zurückzubringen.

„Was die Administration versucht, ist es, den Obersten Gerichtshof von der restlichen Judikative zu trennen und zu sagen: ‚Wir hören auf den Obersten Gerichtshof, aber wir müssen uns nicht mit den unteren Gerichten herumschlagen‘“, so Jones weiter.

Der Respekt vor der Justiz in Gefahr

Während der ersten Amtszeit von Trump waren Richter nicht fremd gegenüber seinen berüchtigten Angriffen auf sozialen Medien, was Sicherheitsbedenken für die Richter aufwarf. Auch die hochrangigen Beamten seiner zweiten Amtszeit zielten häufig auf die Richter mit Heiterkeit.

Stephen Miller bezeichnete Xinis als „Marxistin“, die „jetzt denkt, sie sei Präsidentin von El Salvador“. Generalstaatsanwältin Pam Bondi behauptete, Boasberg versuche, Terroristen, die „unser Land überfallen haben“, über amerikanische Bürger zu schützen. Trump bekräftigte die Vorstellung, dass Boasberg Amtsenthebung verdient.

Die verspottene Rhetorik hat sich auch in den formelleren Erklärungen der Administration niedergeschlagen.

Als das Justizministerium den Behörden mitteilen musste, dass ein Richter eine Trumps Exekutivanordnung angehalten hatte, die die Fähigkeit einer Kanzlei angriff, mit der Bundesregierung zu kommunizieren, erklärte eine von Bondi verfasste Mitteilung, dass „ein nicht gewähltes Bezirksgericht erneut in die politischen Entscheidungsprozesse und die Meinungsfreiheit der Exekutive eingreift“.

Ein Blick auf die Obersten Gerichtshof

Die US Citizenship and Immigration Services haben nach Gerichtsunterlagen von den rechtlichen Herausforderern des politischen Beschlusses eine Mitteilung auf ihrer Website überarbeitet, die bekanntgab, dass eine Trumps Einwanderungspolitik von einem Gericht in Kalifornien ausgesetzt wurde. Die ursprüngliche Mitteilung stellte schlicht die gerichtliche Entscheidung und deren Auswirkungen dar. Doch wenige Tage später wurde die Mitteilung umgeschrieben, um mehrere Angriffe auf den Richterspruch zu machen.

Die Verwaltung ist entschlossen, den Rechtsstaat bezüglich des Temporary Protected Status (TPS) wiederherzustellen, wird jedoch mit der angesprochenen Parallelität historische Entscheidungen rückgängig machen. „Dennoch ordnete Richter Edward Chen, ein Bundesrichter in San Francisco, am 31. März 2025 an, dass die Abteilung TPS für Venezolaner fortsetzen müsse.“

Fazit: Die Herausforderungen der Trump-Administration

Samuel Bagenstos, der während der Biden-Administration zwei verschiedene Bundesbehörden als General Counsel diente und auch in leitenden Positionen im Justizministerium arbeitete, bemerkte, dass der Ton der Administration nichts war, an das er in über 30 Jahren als Anwalt denken könnte. „Wir haben vor den Gerichten sehr starke Argumente vorgebracht, dass diese Entscheidungen falsch waren“, sagte Bagenstos. „Aber als wir unsere Kunden anleiteten, den Entscheidungen zu folgen, versuchten wir ernsthaft zu berücksichtigen, dass die Gerichte das Recht hatten, uns zu befehlen, das zu tun, was sie anordneten.“

Angesichts dieser Herausforderungen könnte die Trump-Administration weiterhin auf eine teils Unsicherheit stoßen, während sie sich gegenüber den Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs und den unteren Gerichten verhält.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)